

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 11

Artikel: Wahlkampf in Deutschland
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338568>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wahlkampf in Deutschland

Bedauernd stellt ein Leitartikler der Wochenzeitschrift «Die Zeit» fest, die «Holzerei» habe begonnen, kaum dass der sechste Bundestag aufgelöst wurde. Er meinte damit, die gegenseitig erhobenen Vorwürfe der einen und der anderen Partei, die nicht immer sonderlich fundiert klingen und für das politische Argument wenig Raum lassen. Dem Stil dieser Publikation folgend versucht er dabei, seine Kritik gleichmässig zu verteilen. Mithin beginnt er bei Willy Brandts Wort von der Korruption, die bei dem Übergang von Abgeordneten von der einen (Regierungs-)Partei zur andern (Oppositions-)Partei im Spiel gewesen sei. Sicherlich kann man darüber streiten, ob diese Bemerkung des Bundeskanzlers, der sich durch die «Mandatsüberträger» in die Minderheit versetzt sah, wahlpolemisch angebracht war. Sie zog Diskussionen nach sich, die nicht zu Ende geführt wurden. Was ist schon Korruption, und wie kann man sie im Einzelfall beweisen? Natürlich dachte man im Regierungslager, und wohl auch Willy Brandt selbst, zuerst an den berühmt-berüchtigten Fall des fränkischen FDP-Abgeordneten Geldner, der zum Schein auf Übertrittsangebote der Christdemokraten einging und dann das üble Spiel mit den Geldangeboten demaskierte. Man kann füglich annehmen, dass im einen oder anderen Fall ähnliche Dinge vorgekommen sind. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass die nunmehr so aktuell gewordene Frage des Parteienwechsels von unter anderer Etikette gewählten Abgeordneten auch ihre politischen Beweggründe hatte. Bei den vier von der liberalen FDP zur CDU übergegangenen Parlamentariern zählt mit entscheidend, dass die FDP mit dem Eintritt in die Koalition mit den Sozialdemokraten ihre Stellung im liberal-demokratischen Sinne verändert hat. In der SPD war man bei der Bildung dieser Regierung Brandt-Scheel im Oktober 1969 vielfach der Ansicht, dieses Bündnis werde nicht allzu lange halten, denn die Nationalliberalen, also konservativ-national orientierten Liberalen, würden diese an sich nicht starke Partei aufspalten. Das ist nicht gelungen. Die «Deutsche Union» einiger Dissidenten ist kein Faktor in diesem Wahlkampf. Aber der Übergang zur CDU einiger FDP-Abgeordneter aus Anlass der Debatte um die Ostverträge hat – wie bekannt – die schwache Mehrheit der Regierung im Parlament entscheidend geschwächt, der Übertritt zweier Sozialdemokraten – Dr. Herbert Hupka und Dr. Günther Müller – die Mehrheitsverhältnisse zu Beginn der Regierung Brandt-Scheel dann auf den Kopf gestellt, als zu guter Letzt der einst so gepriesene Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller den letzten Sitzungen des Parlaments fernblieb und damit der CDU/CSU¹ bei den Beratungen der Rentenreform die Durchsetzung ihrer Abänderungsanträge ermöglichte. Da zweifellos die Wähler dieser dissidenten Abgeordneten

ihre politischen Ansichten schwerlich geändert haben, ist die sozial-liberale Koalition ziemlich optimistisch in den Wahlkampf eingetreten. Niemand erwartet allerdings einen Erdrutsch. Die Anhänger der beiden grossen Parteien und die der kleineren liberalen FDP sind ziemlich stabil verteilt. Es geht, wie bei allen Wahlkämpfen in der Bundesrepublik, um einen kleinen Prozentsatz unsicherer Wähler, die sich erst am Tage der Wahl entscheiden, oder auch um die jeweils neu antretenden Jungwähler. Die empirische Meinungsforschung gibt den Sozialdemokraten einen leichten Vorsprung in der öffentlichen Meinung und der FDP die Chance, die entscheidende Fünf-Prozent-Grenze² zu überschreiten. Natürlich besteht auch die Gefahr des allzu genauen Gleichgewichts, wenngleich man kaum mehr mit entscheidenden Parteiwechsler rechnet. Die National-liberalen sind aus der FDP zweifellos abgewandert, und bei den Sozialdemokraten wurde die Auslese der Kandidaten kritischer denn zuvor vorgenommen³.

Natürlich gibt es in diesem Wahlkampf nicht nur «Holzerei», sondern auch Argumente, über die der Wähler nun zu befinden hat. Der entscheidende Gegensatz zwischen den beiden grossen Parteien stellt sich in dem Schlagwort des CDU-Vorsitzenden Rainer Barzel dar, die Regierung Brandt-Scheel sei gescheitert. Das bezieht sich im Sachinhalt darauf, dass das durch dissidente Parlamentarier hervorgerufene Gleichgewicht der Kräfte im Bundestag der CDU/CSU ermöglichte, die Verabschiedung des Haushalts zu verhindern. Die Regierung musste mithin die Finanzverwaltung provisorisch fortführen, was gesetzlich möglich, aber politisch nicht wünschenswert ist. Dennoch ist sie dessentwegen noch nicht «gescheitert», sondern lediglich durch die CDU/CSU-Opposition lahmegelegt worden. In riesigen Zeitungsanzeigen erheben die Christdemokraten den Vorwurf, die sozial-liberale Koalition habe die inflationäre Entwicklung, lies den Preisauftrieb, verschuldet. Wie anderwärts wird auch hier repliziert, der Geldwertschwund sei kein nationales, sondern ein internationales Phänomen, da es eine nationale Abtrennung heutzutage weder wirtschaftlich noch monetär gebe. Hier gerät die politische Debatte des Wahlkampfs bereits ins Grundsätzliche. Während der bisherige wirtschaftspolitische Star der SPD, Karl Schiller, stets und von Ereignissen aller Art ziemlich unberührt verkündete, er treibe Stabilitätspolitik, sprach sein Nachfolger Helmut Schmidt in diesem Zusammenhang einen bisher als Tabu empfundenen Punkt der internationalen Währungspolitik an. Zuerst im Präsidium des sozialdemokratischen Parteivorstandes und dann in der Wahlkampfdiskussion verwies er darauf, dass die internationale Währungskrise und als deren Auswirkung die fortwirkende Entwertung der einzelnen Währungen auf die Kriegsausgaben der Vereinigten Staaten im fernen Indochina zurückzuführen sei, da tatsächlich die Entwertung des Dollars den Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods mit sich brachte.

Gerade dieses Beispiel wird aber vermutlich keine sonderliche Wirkung

im eigentlichen Wahlkampf haben und damit den Nachweis liefern, wie schwierig, um nicht zu sagen unmöglich es ist, den «argumentativen Wahlkampf» zu liefern, den der CDU-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, zu Beginn gefordert hatte. Es würde auch bedeuten, dass weniger die Preisentwicklung, die tatsächlich kein auf die Bundesrepublik begrenztes Phänomen ist, als etwa die Frage der Auslands- und Deutschlandpolitik der letzten drei Jahre in den Vordergrund kämen. Nach den starken Worten im Bundestag, nach dem ehernen «So nicht», das Rainer Barzel dem Kanzler Brandt bei der Beratung im Bundestag sozusagen entgegenschleuderte, um sich und seine Männer dann auf Stimmenthaltung zurückzuziehen, hört man nunmehr die beruhigende Zukunftsperspektive, Verträge müssten natürlich erfüllt werden. Damit ist aber noch lange nicht alles zu diesem Thema gesagt, denn der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein – und stellvertretender Vorsitzender der CDU – von Stoltenberg spricht immer noch gerne von den «umstrittenen» Verträgen. Weniger martialisch als ehedem bei der Ostverträgedebatte, aber doch recht betont, durchzittert die Wahlkampfatmosphäre nunmehr auch die Frage der kommenden Verträge, genauer gesagt des bevorstehenden Grundvertrags mit dem andern deutschen Staat, der DDR. Dem Wahlvolk sind diese Fragen nur schwer zu erklären, denn die Ostberliner Regierung bemüht sich nicht immer ohne Erfolg, auch die einfachsten Fragen zu verkomplizieren. Barzels Formel, man müsse da zum freien Verkehr von Waren, Menschen und – Meinungen kommen, hört sich gut an, ist aber ausserhalb der Realität. Das kommunistische Regime in Ostdeutschland kann sich solche Freiheiten nicht leisten. Sie sind den Denkformen dieses Landes fremd, von der Notwendigkeit ständiger Selbstbestätigung ganz abgesehen. Wenn dennoch der Verkehrsvertrag mit der DDR unmittelbar vor der Auflösung des Bundestages zustande kam und im Parlament einstimmig angenommen wurde, so ist dies vermutbar, ebenso wie die Berlin-Regelung, auch dem freundschaftlichen «Rat» aus Moskau an die Adresse der DDR zuzuschreiben. Zweifellos war keine der Ostverhandlungen so schwierig wie diese. Und zweifellos ist hiefür wohl niemand so qualifiziert und erfolgreich gewesen wie Egon Bahr. All das wiederum gehört zu dem so schwer zu verwirklichenden «argumentativen» Wahlkampf. Während diese Zeilen geschrieben werden, erwartet man das Wahlprogramm der CDU/CSU und der SPD. Es verbleibt also knapp ein Monat Wahlkampf, der möglicherweise trotz alledem ein wenig mehr mit politischen Argumenten ausgefochten werden wird, als es zu Beginn der Fall war.

¹ Für ausserdeutsche Leser muss immer wieder daran erinnert werden, dass es in der Bundesrepublik zwei christdemokratische Parteien gibt, die CSU in Bayern und die CDU in den andern Ländern. Im Bundestag bilden beide eine Fraktion, aber das Parteileben ist organisatorisch strikt getrennt.

² Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde in der Bundesrepublik

allgemein der Grundsatz angewendet, dass in Bund und Ländern eine Wählergruppe mindestens fünf Prozent der abgegebenen Wählerstimmen erhalten muss, um in den Parlamenten vertreten zu sein.

³ Die Nominierung der Kandidaten erfolgt nach dem Wahlgesetz für die Direktkandidaten in den 248 Wahlkreisen durch Delegiertenversammlungen. Es werden aber ausserdem 248 Abgeordnete auf Landeslisten gewählt, von denen jeweils die direkt in einem Wahlkreis Gewählten bei der Auszählung der sogenannten Zweitstimmen abgerechnet werden. Diese Landeslisten werden — jeder Direktkandidat hat Anrecht auf einen Listenplatz — von Landesdelegiertenversammlungen zusammengestellt. Dabei gibt es auch Kandidaten, die nur auf den Listen erscheinen, so der Landesvorsitzende der SPD in Bayern, Dr. Hans-Jochen Vogel, und Staatssekretär Egon Bahr im Land Schleswig-Holstein.

Zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik hat ein Bundeskanzler im ersten Jahr seiner Regierung Wirklichkeiten beim Namen genannt und politisch gewertet. In sehr kurzer Zeit ist es *Willy Brandt* gelungen, besonders zum Nutzen der jungen Generation, ein Grossteil Ballast des begonnenen und verlorenen Zweiten Weltkrieges abzutragen. Und doch zeigt sich, was den Widerstand und die «Aktion Widerstand» betrifft und den Mann, der sie hervorgerufen hat, *Franz Josef Strauss*, dass wir noch lange im negativen Sinne mit den Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges zu tun haben werden. *Günther Grass*